

## **Aehrenthal über die innenpolitische Lage Österreich-Ungarns im Sommer 1899**

Von ERNST R. v. RUTKOWSKI (Wien)

Die Publikation von Quellen zur Innenpolitik Österreich-Ungarns bedarf keiner besonderen Begründung mehr. Der Wunsch nach möglicher Verbreiterung der quellenmäßigen Basis für die Erforschung der inneren Verhältnisse der Donaumonarchie in dem Zeitraum von 1867 bis 1918 wird von Jahr zu Jahr stärker. Die zahlreichen Probleme, mit welchen das Habsburgerreich damals zu ringen hatte, fesseln das historische Interesse nicht nur in allgemeiner, sondern auch in besonderer Hinsicht deshalb, weil diese Probleme zu meist im „multi-nationalen“ Charakter der Monarchie ihre Wurzel hatten. Hierin liegt auch die Bedeutung dieser geschichtlichen Epoche für die Gegenwart und Zukunft, denn die positive Gestaltung des Zusammenlebens der Völker in der internationalen Sphäre, aber auch die befriedigende Lösung jener Schwierigkeiten, die sich durch die Existenz von völkischen Minderheiten in anderssprachigen Staatswesen ergeben, werden die Menschheit zeit ihres Bestehens vor schwer zu bewältigende Aufgaben stellen.

Es ereignet sich immer wieder, daß der Archivar in Beständen auf historisch wertvolles Material stößt, in denen es der forschende Historiker nicht vermutet und daher auch nicht sucht. Es gehört daher seit jeher zu den Berufsaufgaben des Archivars, solche Funde der wissenschaftlichen Verwertung zugänglich zu machen — dies der Zukunft und dem Zufall zu überlassen, wäre verfehlt.

Für den hier mitzuteilenden Brief des Grafen Aehrenthal vom 20. August 1899 trifft dies zu<sup>1)</sup>. Er ist an den Chef des Generalstabes, Feldzeugmeister Friedrich Freiherrn von Beck gerichtet, und befindet sich in dessen schriftlichem Nachlaß (Nr. 290), den das Wiener Kriegsarchiv verwahrt.

---

<sup>1)</sup> Der Brief ist erwähnt bei Edmund von Glaise-Horstenau: Franz Josephs Weggefährte, das Leben des Generalstabschefs Grafen Beck. Zürich - Leipzig - Wien 1930, S. 400 ff. Der dort mit einer Denkschrift des Grafen Kálnoky („Die Nationalitätenfrage in Österreich-Ungarn in ihrer Rückwirkung auf die äußere Politik der Monarchie“) hergestellte Zusammenhang ist allerdings willkürlich.

Alois Freiherr Lexa von Aehrenthal (nach der Erhebung in den erblichen Grafenstand am 17. 8. 1909 Graf Aehrenthal) trat im Jänner 1877 in den diplomatischen Dienst ein, legte im Mai 1878 die Diplomatenprüfung ab und wurde sodann der Botschaft in St. Petersburg als Attaché zugeteilt. Dort erwarb er sich unter dem Botschafter Grafen Kálnoky<sup>2)</sup> seine ersten Sporen und wurde von ihm sehr bald mit der Bearbeitung der Berichte über die russische Presse, aber auch mit selbständigen Arbeiten über die inneren Verhältnisse des Zarenreiches betraut<sup>3)</sup>. Im November 1883, ein Jahr, nachdem Graf Kálnoky die Leitung der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns übernommen hatte, berief er den jungen Diplomaten nach Wien ins Ministerium des Äußeren. Hier hatte er in den folgenden Jahren als Konzeptsbeamter in den einzelnen politischen Referaten Gelegenheit genug, den Gang der Außenpolitik der europäischen Mächte zu studieren. Zweifellos vorhandene Begabung einerseits, Fleiß und Ambition andererseits ließen ihn unter der kundigen Hand seines Chefs zu einem tüchtigen und überaus verwendbaren Diplomaten heranreifen. Es war daher nicht nur ein Zeichen der Anerkennung, sondern auch ein solches besonderen Vertrauens, als ihn Graf Kálnoky im April 1888, just zu einer Zeit, da die Beziehungen zum Zarenreiche ziemlich gespannt waren, mit dem Posten des ersten Botschaftsbeamten in St. Petersburg betraute.

Es gibt Anzeichen dafür, daß sich Aehrenthal in den Wiener Jahren von 1883 bis 1888, vermutlich auch gefördert durch den Minister selbst, mit Fragen der Innenpolitik Österreichs und Ungarns beschäftigte; die Tätigkeit seines Vaters, der im böhmischen Landtag Abgeordneter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes war, dürfte in dieser Hinsicht ebenfalls anregend gewirkt haben. Für die nun folgende Zeit in St. Petersburg bis zum Feber 1894 traten natürlich die Außenpolitik und das Studium der russischen Verhältnisse in den Vordergrund. Unbeschadet dessen widmete er seine Aufmerksamkeit auch der innenpolitischen Entwicklung Österreichs, die nach dem

---

<sup>2)</sup> Über ihn siehe Ernst R. Rutkowski: Gustav Graf Kálnoky, eine biographische Skizze. Mitt. d. österr. Staatsarchivs 14. Bd. (Gebhard-Rath-Festschrift), Wien 1961, S. 330 ff.; unverändert abgedruckt in Neue Österreichische Biographie ab 1915, Große Österreicher, XV. Bd., Wien 1963, S. 100 ff.

<sup>3)</sup> Ein lobendes Urteil über Aehrenthal findet sich z. B. auch in: Kálnoky an den 1. Sektionschef im Min. d. Äußeren, Benjamin von Kállay Brief v. 3. 11. 1881 Org. (Nachlaß Kállay, Karton 3, im Polit. Archiv des ehem. Min. d. Kaiserl. Hauses u. d. Äußeren). So nicht anders vermerkt, beziehen sich die Quellenzitate auf Bestände des Haus-, Hof- und Staatsarchives in Wien.

Abgang des Grafen Taaffe in ein neues und nicht eben durch Stetigkeit gekennzeichnetes Stadium getreten war.

Anfangs Jänner 1894 erhielt Aehrenthal den Titel und Charakter eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers und damit waren seine Tage als Botschaftsrat in St. Petersburg gezählt. Bald darauf wurde er ins Ministerium des Äußeren einberufen und zählte fortan zu Kálnokys engsten Mitarbeitern. Nach der Demission Kálnokys im Mai 1895 ergaben sich unter seinem Nachfolger Grafen Gołuchowski mancherlei personelle Veränderungen, in die auch Aehrenthal insoferne einbezogen wurde, als ihm im November 1895 der Gesandtenposten in Bukarest anvertraut wurde. Aus seinen Briefen an verschiedene Persönlichkeiten geht hervor, daß er sich auch von diesem Auslandsposten aus sehr lebhaft für die politischen Vorgänge in der Heimat interessierte<sup>4)</sup>. Dasselbe gilt auch für die Zeit, da er Botschafter in St. Petersburg war (Jänner 1899 bis Oktober 1906).

Der hier zu veröffentliche Brief Aehrenthals fällt in eine Zeit, die noch ganz im Zeichen jener Krise stand, die durch die Sprachenverordnungen des österreichischen Ministerpräsidenten Graf Kasimir Badeni vom 5. April 1897<sup>5)</sup> heraufbeschworen worden war. Eine für die österreichische Geschichte verhängnisvolle Entwicklung hatte damit ihren Anfang genommen<sup>6)</sup>, und doch hatte Badeni nichts anderes gewollt, als den seit langem schwelenden deutsch-tschechischen Gegensatz zu schlichten. Es ist zweifellos, daß es ihm bei seinem Vorgehen an der genauen Kenntnis der Gegensätze ebenso mangelte, wie an der Voraussicht über die Folgen seiner Handlungsweise. Diese Folgen boten ein trauriges Bild inneren Zerwürfnisses, das die Grundfesten des Reiches erschütterte: Eine bis in weite

---

<sup>4)</sup> So vor allem der in beiden Teilen erhaltene Briefwechsel zwischen Aehrenthal und dem damaligen Chef des Kabinetts des Ministers, Leg.-Rat Kajetan von Mérey: die Briefe Méreys im Nachlaß Aehrenthal (im Besitz der Familie), die Briefe Aehrenthals im Nachlaß Mérey (Haus-, Hof- und Staatsarchiv); weiters die Briefe Kálnokys an Aehrenthal. Vgl. auch Paul Molisch: Briefe zur deutschen Politik in Österreich von 1848 bis 1918. Wien 1934, S. 315 f.

<sup>5)</sup> Berthold Sutter: Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 1 Graz 1960 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs Bd. 46). Mit Rücksicht auf diese ausgezeichnete und eingehende Darstellung, deren zweiter Teil noch aussteht, können sich die folgenden Ausführungen auf einen skizzenhaften Abriß dieses Problems beschränken.

<sup>6)</sup> Vgl. Hugo Hantsch: Die Geschichte Österreichs. 2. Bd. Graz - Wien 1950, S. 461.

Schichten der deutschen Bevölkerung nicht nur Böhmens und Mährens um sich greifende Erregung, die in Parteitag und Versammlungen kulminierte, Obstruktion der deutschen Parteien und tumultuarische, einer Volksvertretung unwürdige Szenen im Parlament, die Lex Falkenhayn und schließlich die Volksaufläufe in Graz und Wien am 26., 27. und 28. November 1897. In der Entlassung Badenis am 27. November 1897 sah die Krone schließlich die einzige Möglichkeit, das Schlimmste zu verhüten.

Der Wunsch der deutschsprachigen Bewohner Böhmens und ihrer parlamentarischen Vertreter nach einer Teilung in ein deutsches und in ein tschechisches Verwaltungsgebiet war unberücksichtigt geblieben, die Sprachenverordnungen Badenis waren wohl den tschechischen Interessen entgegengekommen, indem sie eine für ganz Böhmen einheitliche Regelung zugunsten der Mehrheit vorsahen, allein dieser Schritt erschien den tschechischen Abgeordneten eben nur als ein erster Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des böhmischen Staatsrechts. Hierin aber und in der daraus zu befürchtenden Majorisierungstendenz erblickten die Deutschen Böhmens nicht zu unrecht eine schwere Gefahr für ihre nationale und wirtschaftliche Existenz.

Die tschechische Gegenaktion nach Badenis Sturz stellte sich auch sehr bald ein, und das Ministerium Gautsch sah sich gezwungen, als Antwort auf wüste Ausschreitungen in Prag das Standrecht über diese Stadt zu verhängen. Wohl wurde es bald wieder aufgehoben, doch der Streit um das — ebenfalls bald wieder aufgehobene — Verbot des Farbentragens für die deutschen Studenten der Prager Universität schuf neuen Konfliktstoff. Verhandlungen mit den Parteien zur Erzielung eines Vergleiches in der Sprachenfrage scheiterten. Die Regierung mußte sich des § 14 der Verfassung bedienen, um auf dem Verordnungswege regieren zu können. Schließlich erließ Gautsch kurz vor seinem Abgang zwei Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren, welche durch die Teilung in deutsche, tschechische und gemischtsprachige Gebiete und dementsprechende Regelung der Amtssprache den Wünschen der Deutschen immerhin etwas entgegenkamen, sich ansonst aber stark an die Badenischen Verordnungen anlehnten.

Das am 5. März 1898 ins Amt getretene Kabinett des Grafen Franz Thun-Hohenstein nahm sich zwar als Programm die endgültige und gesetzmäßige Regelung der Sprachenfrage vor, war jedoch nicht in der Lage, zu diesem Zweck eine ersprießliche parlamentarische Tä-

tigkeit zu entfalten, mußte das Abgeordnetenhaus mehrmals vertagen und mit dem § 14 regieren. Es gelang dem Grafen Thun auch nicht, mit den deutschen Parteien zu einer Verständigung in der Sprachenfrage zu kommen, ja diese brachten dem Kabinett mehr und mehr Mißtrauen entgegen, da sie durch die Konzessionen verstimmt wurden, die das Kabinett den Tschechen machte. Schließlich faßten fünf deutsche Parteien ihre Ansichten bezüglich der Lösung der Sprachenfrage in dem Programm vom 20. Mai 1899 (Pfingstprogramm) zusammen, dem wiederum die tschechischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten in der Erklärung vom 16. September 1899 ihren Standpunkt entgegenstellten.

Die letzte kurze Sitzungsperiode des Parlaments während der Amtsführung des Grafen Thun (17. Jänner bis 1. Feber 1899) wurde durch die Obstruktion der deutschen Parteien gegen die Regierung gekennzeichnet, denn die tschechenfreundliche Haltung der letzteren wurde immer offensichtlicher. Aus der Aussichtslosigkeit, mit dem Abgeordnetenhaus eine nutzbringende Tätigkeit zu entfalten, zog die Regierung den Entschluß, das Haus auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, hinfort mit dem § 14 zu regieren. Auf diese Weise wurden dann auch die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn (Zoll- und Handelsabkommen) im Sommer 1899 nicht ohne Mühe zum Abschluß gebracht.

Das Unvermögen des Kabinetts Thun, eine auch nur halbwegs geregelte parlamentarische Tätigkeit zu entfalten, sowie die unge löste Sprachenfrage und verschiedene andere Momente machten die Regierung in steigendem Maße unbeliebt und erschütterten auch das Vertrauen Kaiser Franz Josephs.

Noch vor dem Abschluß der Ausgleichsverhandlungen hatte Baron Johann Chlumecký<sup>7)</sup> eine Audienz beim Kaiser (7. Juni 1899), in der die innenpolitische Situation eingehend besprochen wurde<sup>8)</sup>.

---

<sup>7)</sup> Von 1893 bis 1897 Präsident des österr. Abgeordnetenhauses, sodann Mitglied des österr. Herrenhauses. Vgl. Bertold Bretholz: Johann Freiherr von Chlumecky. In *Neue Osterreichische Biographie*, 4. Bd. Wien 1927, S. 73 ff.

<sup>8)</sup> Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Aufzeichnungen Baernreithers in seinem Nachlaß (Karton 4). Er schrieb hierüber: „Diese Audienz war unter allen Umständen ein ungewöhnliches Ereignis.“ Vgl. Joseph Maria Baernreither: *Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen. Fragmente eines politischen Tagebuches 1897—1917.* Hsg. von Oskar Mitis. Wien 1939 S.109, Anm.1. Bei Erwähnung der Edition der Aufzeichnungen und Tagebücher durch O. Mitis muß gesagt werden, daß Mitis leider — entgegen der Versicherung im letzten

Chlumecký hatte den Eindruck, daß der Kaiser, obwohl er das Zustandekommen des Ausgleichs lebhaft wünschte, nicht mehr davon überzeugt sei, daß es Thun gelingen werde, zu einem Abschluß zu kommen. Für den Fall, daß Thun nicht durchdringen könnte, sprach der Kaiser von einem Beamtenministerium: „Von einem unbedingten Festhalten an Thun war keine Rede mehr.“ Sehr eindringlich sprach Chlumecký über die Deutschen in Österreich und meinte, es verbreite sich die Meinung, die Krone wolle die Deutschen beiseite setzen. Gegen diese Ansicht remonstrierte der Kaiser entschieden.

Anfang Juli weilte Baron Aehrenthal auf Urlaub in Wien<sup>9)</sup>. Die Eindrücke, die er dort auf Grund von Gesprächen mit maßgebenden Persönlichkeiten empfing<sup>10)</sup>, gipfelten darin, daß der Ministerpräsident beim Kaiser für aufgegeben gelte. Unbeschadet dessen sei der Monarch der Meinung, daß der Ausgleich mit dem § 14 gemacht werden müsse, denn es gebe keinen anderen Ausweg. Der Kaiser halte das Pfingstprogramm für sehr diskutabel und wünsche eine Verständigung, damit die unhaltbare Situation ein Ende finde. Thun werde noch einen Verständigungsversuch machen, der aber nicht gelingen werde, weil der Ministerpräsident jeden Anspruch auf Vertrauen verwirkt habe. Er habe sich den Tschechen zu sehr ergeben, so daß er auf Grund des Pfingstprogrammes nicht verhandeln könne. Hiezu müßte wohl ein anderer Vertrauensmann betraut werden.

Des Kaisers Ansichten blieben nicht geheim. Chlumecký erzählte Joseph Maria Baernreither<sup>11)</sup> von seiner Audienz und Aehrenthal

---

Absatz auf S. XI — wesentliche Stellen des Tagebuches wegließ oder beträchtlich gekürzt in Anmerkungen zusammenzog. Die folgenden Zitate halten sich an den Originaltext.

<sup>9)</sup> Er verließ St. Petersburg am 28. Juni abends, verbrachte den größten Teil seines Urlaubs in Gastein und kehrte Ende Juli auf seinen Posten zurück. Bemerkenswert ist, daß Aehrenthal im Jahre 1899 dreimal auf Urlaub in Österreich weilte und sich jedesmal sehr für die innenpolitische Entwicklung interessierte. Vgl. J. M. Baernreither: Der Verfall des Habsburgerreiches, S. 95 f. und S. 100, Anm. 2.

<sup>10)</sup> Ob Aehrenthal in diesen Tagen eine Audienz beim Kaiser hatte, ließ sich aktenmäßig nicht feststellen. Da die Reise von St. Petersburg nach Wien zwei Tage in Anspruch nahm, dürfte Aehrenthal am 30. Juni abends in Wien eingetroffen sein. Der Kaiser reiste am 3. Juli nach Ischl, so daß für eine Audienz nur der 1. oder 2. Juli in Frage gekommen wäre.

<sup>11)</sup> Baernreither gehörte seit 1883 dem böhmischen Landtag und seit 1885 dem österr. Abgeordnetenhaus (verfassungstreuer Großgrundbesitz) an. Im Ministerium Thun-Kaizl war er vom 5. 3. bis 4. 10. 1898 Handelsminister.

informierte den Baron Josef Schwegel<sup>12)</sup> über seine Eindrücke. Am 6. Juli trafen sich in Wien eine Anzahl maßgebender Persönlichkeiten der deutschen Parteien, unter ihnen auch Baernreither und Schwegel, sowie Chlumecký und Fürst Karl Auersperg<sup>13)</sup>. Es ist unzweifelhaft, daß die Ansichten des Kaisers in ihnen neue Hoffnungen erweckten, denn eine Wendung schien sich anzubahnen. Der nunmehr ziemlich sichere System- und Regierungswechsel wurde diskutiert, die künftige Majoritätsbildung im Parlament erörtert, die Frage besprochen, wer die Führung übernehmen sollte und wie die Deutschen vorbereitet werden sollten und schließlich wurde die Antwort überlegt, die man Thun auf einen etwaigen Verständigungsversuch zu geben hätte.

In dieser Besprechung warf Schwegel die Frage auf, wer mit der Mission betraut werden sollte, um eine Wendung herbeizuführen. In den Aufzeichnungen Baernreithers findet sich hierüber folgende Notiz: „Es müsse sich jemand finden, der die Sache in die Hand nimmt, und sowohl das Vertrauen der Krone besitzt, als sich das Vertrauen der Deutschen zu erwerben imstande ist. Bis Mitte August werde noch die Pause dauern, dann müsse aber Thun mit irgend etwas hervortreten und der psychologische Moment ist gegeben. Er [Schwegel] wies auf Louis Aehrenthal hin als den geeigneten Mann. Er müsse — wie einst Bismarck von St. Petersburg aus — in die innere Krise eingreifen, nicht um als leitender österreichischer Staatsmann aufzutreten, sondern als Vermittler, der gerade weil er kein Amt anstrebe, besonders geeignet sei. Ihn müsse man den deutschen Parteien plausibel machen, damit er mit Autorität bei der Krone intervenieren könne“<sup>14)</sup>. Die Versammelten, besonders Auersperg und Chlumecký, vermochten sich für diesen Vorschlag allerdings nicht zu erwärmen. Baernreither beschloß jedoch, die Sache nicht fallen zu lassen und erklärte, Aehrenthal jedenfalls in Gastein aufsuchen zu wollen.

Die Absicht wurde verwirklicht und Baernreither weilte vom 18. bis 22. Juli in Gastein, wo beide die äußere und innere Politik Österreich-Ungarns ausführlich besprachen. „Aehrenthal zeigte in allem große Einsicht und großen Ernst. Über viele Notwendigkeiten, insbesondere die Disziplinierung unserer Beamtenschaft, waren wir

<sup>12)</sup> Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses von 1879—1907.

<sup>13)</sup> Mitglied des österr. Herrenhauses von 1891—1907.

<sup>14)</sup> Diese Stelle der Aufzeichnungen fehlt in J. M. Baernreither: Der Verfall des Habsburgerreiches, hsg. v. O. Mitis.

einer Meinung. Er hörte mit großer Aufmerksamkeit die Schilderungen der inneren Verhältnisse und Stimmungen und — was so selten ist — er dachte darüber nach und kam anderntags selbst wieder darauf zu sprechen<sup>15)</sup>.

Das Ergebnis der Besprechungen hielt Baernreither in einer vier Punkte umfassenden Notiz fest, die, wie er in seinen Aufzeichnungen sagt, auch insoferne einen gewissen Wert besaß, als er sie Schwegel und anderen mitteilte, die ihren Inhalt vollkommen billigten.

Die Niederschrift lautet:

„1. Die gemäßigten Parteien sind nicht imstande, Einfluß zu nehmen, daß gegenüber dem Ministerium Thun-Kaizl eine andere als vollkommen ablehnende, d. h. die Obstruktion fortsetzende Haltung eingenommen wird und zwar sowohl bezüglich der Reichsrats-Arbeiten als bezüglich der Delegationswahlen. Dies gilt jedoch nicht der Krone, sondern dem Ministerium, welches durch seine fortgesetzten Konzessionen an die Slawen alles Vertrauen verloren hat. Die Krone soll auch von den entscheidenden Schritten der Opposition vorher unterrichtet werden, um ihr den Beweis zu liefern, daß die Aktion lediglich gegen das Ministerium gerichtet ist.

2. Die Haltung der Deutschen ist daraus zu erklären, daß sie glauben, daß die Krone sich von ihnen definitiv abgewendet hat, daß die Dynastie die Slawisierung Österreichs als in ihrem Interesse gelegen ansieht, daß sie meint, dadurch die Attraktionskraft des Deutschen Reiches auf die österreichischen Deutschen paralyisieren zu können und daß sie danach alle ihre Schritte einrichtet. Das gegenwärtige Ministerium ist unfähig und nicht willens, die Krone anders zu beraten und begegnet dabei absolutem Widerstand. Es müßte nicht nur darin Wandel geschaffen werden, sondern die Krone selbst müßte den Deutschen ein Friedenszeichen geben, um einen Umschwung in der Gesinnung nehmen zu können.

3. Von dem Programm der Deutschen müßte jener (zweite) Teil, der von der Vermittlungssprache und den sprachlichen Prärogativen des Staates handelt, durch einen Akt der Krone ins Leben gerufen werden, d. h. durch eine kaiserliche Entschliebung (nicht § 14), wobei gesagt werden müßte, daß die Absicht bestehe, die Materie nicht<sup>16)</sup> gesetzlich zu regeln, daß aber bis dahin die kaiserliche Ver-

---

<sup>15)</sup> Das Zitat nach dem Original der Aufzeichnungen Baernreithers; vgl. dagegen mit einigen Auslassungen J. M. Baernreither: Der Verfall des Habsburgerreiches, S. 110, 1. Absatz.

<sup>16)</sup> Dieses „nicht“ gehört dem Sinn nach zweifellos nicht hierher.



ordnung in Kraft bleibt. Auch in Böhmen und Mähren müßte in gleicher Weise Ordnung geschaffen und insbesondere in Böhmen durch Sektionierung der Landesbehörden (was unzweifelhaft im Bereiche der Verordnungsgewalt liegt) ein anderer Teil des Programmes durchgeführt werden. Alles übrige wäre späterer Aktion vorzubehalten, selbstverständlich auch alles, was in die auton.<sup>17)</sup> Kompetenz fällt. Diese Verordnung müßte von einem Allerhöchsten Handschreiben an den Ministerpräsidenten begleitet sein, worin eine gewisse Motivierung enthalten sein müßte und zugleich jenes Friedenszeichen, welches die Sinnesänderung der Krone bekundet.

4. Ein weiteres Lavieren ist unmöglich. Der Reichsrat wird, wenn einberufen, arbeitsunfähig sein, die Delegationswahlen werden voraussichtlich verhindert werden, ein Mittelweg, wie ihn Thun-Kaizl versucht haben und vielleicht noch einmal versuchen wollen, führt zu nichts. Es wäre ja denkbar, auf dem slawischen Wege fortzuschreiten: staatsrechtliche Änderungen, Wahlen durch die Landtage, neue Geschäftsordnung — alles durch Oktroi. Dieser Weg wäre aber ein sehr gefährlicher und könnte zu unabsehbaren Komplikationen führen. Ein Fortregieren ganz ohne Parlament ist wegen Ungarn nicht möglich. Bleibt aber noch, bevor man an extreme Mittel denkt, der Weg, das Parlament wieder arbeitsfähig zu machen. Dieser Versuch müßte aber ehrlich gemacht werden, nicht so wie beim deutsch-böhmischen Ausgleich, nicht wie bei der Koalition, nicht wie unter Badeni und Thun. Scheitert dann trotzdem alles, bleibt der erste Weg doch noch offen — freilich würde er zur Auflösung Österreichs führen<sup>18)</sup>.

Eine direkte Auswirkung dürfte dieses Promemoria nicht gehabt haben — es kann im wesentlichen nur als Niederschrift der Gedankengänge Aehrenthals und Baernreithers betrachtet werden. Es zeigt sich aber ganz deutlich die Tendenz, einen Umschwung zugunsten der Deutschösterreicher herbeizuführen und zwar durch einen Willensakt der Krone, von der man Anzeichen der Bereitschaft für einen solchen Umschwung erhalten zu haben glaubte. Ob in dem Passus „... bevor man an extreme Mittel denkt ...“ eine Anspielung auf eine Verfassungsänderung zu erblicken ist, bleibt dahingestellt.

---

<sup>17)</sup> Diese Abkürzung kann sowohl als „autonome“ wie als „autoritäre“ aufgelöst werden, denn das „auton.“ kann auch als „autor.“ gelesen werden.

<sup>18)</sup> Diese Aufzeichnung ist in J. M. Baernreither: Der Verfall des Habsburgerreiches, nicht abgedruckt.

Aehrenthal erwog jedenfalls, wie sein Brief zeigt, eine solche Möglichkeit.

Zu erwähnen ist noch, daß die von Schwegel vorgeschlagene Vermittlertätigkeit Aehrenthals nicht zur Ausführung kam. Desgleichen blieb auch der Plan Aehrenthals, nach seinem Gasteiner Aufenthalt eine Audienz beim Kaiser in Ischl zu erlangen, um mit ihm im Sinne des 4 Punkte-Promemorias über die innenpolitische Lage zu sprechen, unausgeführt.

Während seines Urlaubs hatte Aehrenthal zweifellos auch eine Besprechung mit dem Chef des Generalstabes, Feldzeugmeister Baron Beck. Sie drehte sich nicht nur um die damaligen Verhältnisse in Rußland, sondern befaßte sich auch mit der innenpolitischen Lage der Monarchie. Der Brief Aehrenthals, der hier folgt, stellt die Reflexion auf diese Unterredung dar.

Der a. o. und bevollmächtigte Botschafter in St. Petersburg,  
Alois Freiherr Lexa von Aehrenthal, an den Chef des Generalstabes, Feldzeugmeister Friedrich Freiherrn von Beck.

St. Petersburg, 20./8. August 1899.

Hochverehrter Freiherr,

Ich benütze die Abreise Hauptmann Müllers<sup>19)</sup>, um von mir ein Lebenszeichen zu geben und Ihnen zu sagen, daß ich mit den hier gewonnenen Eindrücken im großen und ganzen genommen nicht unzufrieden bin. — Die Beziehungen zwischen beiden Herrschern sind herzliche und vertrauensvolle. Die russische Regierung ist aufrichtig in dem von ihr wiederholt betonten Wunsche der Friedenserhaltung und der Vermeidung einer Aktion in den uns näher berührenden Teilen des Orients. Die russische Regierung hat, wie ihre Intervention in den Angelegenheiten des slavischen Wohltätigkeitsvereines zeigt, eine gewisse Energie an den Tag gelegt und jedenfalls den extrem-panslawistischen Elementen einen deutlichen Wink erteilt<sup>20)</sup>.

<sup>19)</sup> Hptm. im Generalstabskorps Erwin Müller, Militärattaché in St. Petersburg.

<sup>20)</sup> Der slawische Wohltätigkeitsverein war eine aus privaten Mitteln erhaltene Gesellschaft, die sich offiziell nur die Förderung der kulturellen Interessen des Slawentums, vornehmlich des Südslawentums, zum Ziele gesetzt hatte; inoffiziell unterstützte der Verein jedoch die panslawistische Agitation besonders auf der Balkanhalbinsel. Als Präsident fungierte damals Graf Nikolaj Pavlović Ignat'ev, ehemals enragierter Panslawist und Schöpfer des Friedens von S. Stefano 1878, der allerdings seit einiger Zeit infolge moralischer und physischer Müdigkeit mehr und mehr Wasser in seinen einst so moussierenden panslawistischen Wein gegossen

Die Engagements in Ostasien, innere Reformen und volkswirtschaftliche Schwierigkeiten, endlich das Abhandensein eines *animus aggressionis* können als die Garantien für den aufrichtigen Friedenswunsch und die Friedensbedürftigkeit Rußlands angenommen werden. Unter solchen Verhältnissen wird es möglich sein, die auftauchenden Incidenzfälle und auch ernstere Schwierigkeiten, wie die serbischen, in Freundschaft zu besprechen und zu regeln, vorausgesetzt, daß wir auf die hiesigen eigentümlichen Verhältnisse rechtzeitig und entsprechend Bedacht nehmen. Wir haben es mit einem schwachen Kaiser und einer schwachen Regierung zu tun, die sich gegenüber dem Andrang einer erregten öffentlichen Meinung nicht sehr widerstandsfähig erweisen dürften. Das ist der schwache Punkt der Situation, der, ich will es hoffen, zu überwinden sein wird, zumal in hiesigen maßgebenden Kreisen doch bis zu einem gewissen Grade wenigstens Verständnis für unsere schwierige, exponierte Lage und unsere Interessen in den Balkan-Ländern vorhanden ist. Noch mehr Rücksicht auf diese Interessen würde genommen werden, wenn in St. Petersburg unsere innere und äußere Kraft besser und höher eingeschätzt werden könnte.

Letzteres Resultat ist aber nur durch eine rasche Beilegung der inneren Krise zu erreichen. Was ich während meines jüngsten Urlaubes wahrgenommen und auch noch jetzt höre, klingt traurig genug. Alle Symptome deuten darauf hin, daß wir uns in der entschei-

hatte. Letzterer Umstand gereichte der radikaleren Richtung zum Ärgernis und Ignat'ev wurde anlässlich einer Überprüfung der Finanzgebarung gestürzt. Unter der Patronanz des Oberprokurators des Heiligen Synod, Konstantin Petrovič Pobedonoscev, wurde der Führer der radikalen Gruppe, Oberst i. R. Komarov, zum neuen Präsidenten gewählt. Dieser hatte seinen Befähigungsnachweis u. a. auch insoferne erbracht, als er anlässlich der Feier des 100. Geburtstages Palackys im Juni 1898 in Kuttenberg eine von Haß gegen das Deutschtum gesättigte Tischrede gehalten hatte, was auch der Regierung Thun-Kaizl zu viel war, die nun dafür sorgte, daß Komarov über die Grenze gebracht wurde. Die Wahl Komarovs bedurfte jedoch, um gültig zu sein, der Bestätigung durch die russische Regierung. Diese erfolgte nicht und es wurde auf Befehl des Zaren Nikolaj II. verfügt, daß Graf Ignat'ev bis zum Ende seiner vorgesehenen Amtsdauer (Mai 1900) das Präsidium beizubehalten habe und dem Verein ehestens neue Statuten zu geben seien. „Diese Vorgangsweise dürfte klar und deutlich erweisen, daß maßgebenden Orts die Komarov'sche Richtung nicht gebilligt wird und daß man keinesfalls dem hiesigen slawischen Wohltätigkeitsvereine zu erlauben gesonnen zu sein scheint, seine eigenen Wege zu wandeln.“ Aehrenthal an Graf Agenor Gołuchowski Ber. Nr. 37 - C v. 31. 7. 1899 Org.; ferner Leg.-Rat Graf Karl Kinsky an Gołuchowski Ber. Nr. 34 - B v. 11. 7. 1899 Org. (Polit. Archiv d. Min. d. Äußeren, Liasse X, Karton 112).

denden Phase der Krise befinden. Was Allerhöchsten Orts in den Herbstmonaten beschlossen werden wird, wird für die künftige staatsrechtliche Organisation der Monarchie maßgebend sein. Der Kampf, der unser schönes Vaterland seit Jahren verwüstet, ist, in der Wesenheit aufgefaßt, ein Kampf für und gegen die Verfassung. Letztere, d. i. das Februar-Patent und die 1867[er] Gesetze, sind auf den Bestand einer deutschen Staatspartei aufgebaut. Graf Taaffe hat den Fehler begangen, die deutsche Staatspartei zu zertrümmern und den radikalen Elementen in die Arme zu werfen. Es wäre folgerichtig gewesen, wenn er nun einen Schritt weiter gegangen und die Verfassung im autonomistischen Sinne umgemodelt hätte. Das hat Taaffe nicht getan, sondern immer das Festhalten an der Verfassung betont, ähnlich wie seinerzeit Badeni und auch jetzt noch Thun es tut. Hierin liegt aber der Knoten unserer derzeitigen Verwicklungen. Alle genannten Staatsmänner haben zweierlei übersehen: Zunächst, wie ich bereits erwähnt, daß unsere Verfassung ohne eine deutsche Staatspartei oder wenigstens ohne eine Koalition einiger gemäßigter deutschen Fraktionen mit anderen staatserhaltenden Elementen einfach undenkbar ist und ferner, daß die Deutschen nur die Wahl haben, entweder Regierungspartei zu sein oder der extrem-radikalen und rein nationalistischen Richtung zu verfallen. Letzteres ist in erschreckender Weise eingetreten. Daß die Deutsch-Österreicher sich im obigen Dilemma befinden, wird von den Čechen richtig erkannt und politisch in ihrem Interesse stark ausgenützt, indem sie den entscheidenden Einfluß auf das Kabinett Thun ausüben. Aufrichtig gestanden, habe ich seit vorigem Winter jede Hoffnung verloren, daß F[rantz] Thun der Mann ist, der uns aus der Sackgasse herausführen wird. Sein Hauptfehler liegt darin, daß er die autonomistische Reichsratsmajorität künstlich zusammengebracht hat und auch heute noch erhält. Regierung und Čechen stecken unter einer Decke und sind im vorhinein über das zu spielende Spiel völlig einig. An dieser Konstellation muß jede Aktion behufs Verständigung scheitern, denn es gibt keine objektive Regierung, welche zwischen den Streitenden stünde und unparteiisch ihres Amtes walten würde. Den Deutschen wird zugemutet, daß sie sich dem fügen, was früher zwischen Regierung und Čechen beschlossen wurde. Das kommt einem caudinischen Joch gleich und es kann kein Wunder nehmen, daß unter solchen Verhältnissen der letzte Rest politischen Sinnes und Rücksichtnahme auf die staatlichen Bedürfnisse verloren geht. Führerlosigkeit, Zerfahrenheit und

hochgradige Mutlosigkeit charakterisieren die Stimmung unter den gemäßigten deutschen Elementen. Sie sind mutlos, weil sich bei ihnen während eines 20jährigen vergeblichen Ringens für die alten österreichischen Regierungsprinzipien die Auffassung eingeschlichen, daß die Krone entschlossen sei, in neue Bahnen einzulenken und die geistige Vorherrschaft des deutschen Elementes im Staate fallen zu lassen. Leider ist diese Auffassung sehr verbreitet und scheint auch tief zu sitzen. Dies erklärt auch den unglaublichen Einfluß, den Leute vom bedenklichen Schlage eines Schönerer<sup>21)</sup> [und] Wolf<sup>22)</sup> auszuüben imstande sind. Gegen die oben erwähnte Mutlosigkeit und die Auffassung, daß Seine Majestät entschlossen ist, dauernd sich auf die nicht-deutschen Nationalitäten zu stützen, sollte angekämpft werden, um dem um sich greifenden Übel Einhalt zu gebieten. In einem solchen Falle sind Kenner unserer inneren Verhältnisse überzeugt, daß innerhalb der deutschen Bevölkerung ein Umschwung zum Besseren bald eintreten werde. Auch ich bin hievon überzeugt und deshalb kann ich nur dann an die Sanierung unserer augenblicklich zahlreichen Staatsgebrehen glauben, wenn der ernste Versuch unternommen würde, den Deutsch-Österreichern diejenige Stellung im Staate zurückzugeben, die ihnen durch den Geist der 1867[er] Verfassung und auch infolge ihrer höheren Kultur zukommt.

Ich glaube an die Durchführbarkeit eines derartigen ersten Versuches; je früher derselbe seitens der Krone begonnen [würde], desto erfolgreicher würde er sich gestalten. Ein Wendepunkt in unserer ganzen Entwicklung ist da: Das Kabinett Thun-Kaizl hat, da die Verhältnisse es nicht anders gestatteten, den ungarischen Ausgleich mittelst des § 14 in Wirksamkeit treten lassen. Ohne Einberufung des Reichsrates wäre dieser Akt im Widerspruch mit der Verfassung, die stillschweigende Genehmigung des Ausgleiches seitens des Reichsrates ist aber für das Kabinett Thun ein Ding der Unmöglichkeit. Wahrscheinlich dürfte Thun nicht einmal die Vornahme der Delegations-Wahlen zu sichern imstande sein. Also wenn Thun bleibt, nicht nur kein Fortschritt, sondern erneuerte Skandale und bedenkliche Zunahme des aufrührerischen Geistes in gewissen Provinzen und schließlich kein anderer Ausweg als der der Verfassungsisstierung unter den denkbar ungünstigsten Umständen. Bevor man

---

<sup>21)</sup> Georg von Schönerer, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses, alldeutsche Partei.

<sup>22)</sup> Karl Hermann Wolf, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses, deutsch-radikale Partei.

die Krone und die ganze Monarchie in eine solche prekäre Lage bringt, scheint es mir doch dafür zu stehen, in letzter Stunde auf die eigentlichen Prinzipien der 1867[er] Verfassung zurückzugreifen. Gautsch, der im Winter 1898 auf der richtigen Spur gewesen zu sein scheint, oder Chlumecký wären die Männer, welche der Krone für obige Politik anempfohlen werden könnten. Aber selbst für den Fall, daß diese Politik an den Fehlern der betreffenden Staatsmänner oder neuerlich an der Kurzsichtigkeit des deutschen Fraktionsgeistes scheitern sollte, würde ich es im Interesse der Krone und der Monarchie für unbedenklicher halten, die eventuelle Verfassungs-Sistierung einem zentralistischen als einem föderalistischen Ministerium anzuvertrauen.

Es ist aber höchste Zeit, daß ich schließe und bitte ich um Entschuldigung, Ihre Zeit und Geduld so sehr auf die Probe gestellt zu haben. Sie werden [aus] meinem Angstrufe ersehen, welche tiefe Beunruhigung und Verantwortlichkeitsgefühl sich der Vertreter des Kaisers im Auslande bemächtigt hat.

In der Hoffnung, Euer Excellenz Anfang Oktober in Wien anzutreffen, verbleibe ich mit der Versicherung aufrichtigster Verehrung

Ihr sehr ergebener

L. Aehrenthal